

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Soziales und  
Integration vom 21. Februar 2020  
– Drucksache 16/7774**

### **Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang**

#### Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration vom 21. Februar 2020 – Drucksache 16/7774 – Kenntnis zu nehmen.

04. 03. 2020

Die Berichterstatterin:

Barbara Saebel

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

#### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Soziales und Integration, Drucksache 16/7774, in seiner 33. Sitzung am 4. März 2020.

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE trug vor, ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang habe eine hohe politische Bedeutung. In der vorliegenden Mitteilung gehe es um den Start einer Ausarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans für die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Das sei für ein stabiles Europa unerlässlich.

Die EU-Kommission rufe alle Behörden und Partner auf, sich bis November 2020 für ihre eigenen konkreten Verpflichtungen im Hinblick auf die Umsetzung der sozialen Säule einzusetzen. Im November 2017 sei auf dem Sozialgipfel in Göteborg die europäische Säule sozialer Rechte verabschiedet worden. Sie solle eine Annäherung an bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie eine Verbesserung der Sozialsysteme ermöglichen. Dabei spielten Chancengleichheit und Marktzugang für alle, faire Arbeitsbedingungen auf allen Ebenen sowie sozialer Schutz und soziale Inklusion eine große Rolle. Es brauche Verbesserungen in der Kinderbetreuung, bei Arbeitslosenleistungen, der Grundsicherung, der Inklusion, der Gesundheitsversorgung usw.

Ausgegeben: 09. 03. 2020

Der vorliegende Vorstoß sei vom Grundsatz her sehr gut und sehr wichtig. Allerdings fehle es an konkreten Maßnahmen. Bis jetzt handle es sich um unverbindliche Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten, um einen Aktionsplan bzw. eine Absichtserklärung. Nun müsse der nächste Schritt vollzogen werden, damit das Ganze konkreter werde.

Schon jetzt gebe es relevante Initiativen für ein starkes Europa. So werde die Kommission im ersten Quartal 2020 eine neue europäische Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter sowie für verbindliche Maßnahmen für mehr Lohntransparenz vorschlagen. Überdies gehe es um faire Arbeitsbedingungen in der EU. So werde eine Anhörungsphase der Sozialpartner zu der Frage gestartet, wie gerechte Mindestlöhne für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleistet werden könnten. Es solle aber nicht für jeden Arbeitnehmer in der EU derselbe Mindestlohn festgelegt werden. Mindestlöhne sollten entsprechend der jeweiligen nationalen Tradition festgelegt werden. Des Weiteren werde die Europäische Kommission ein europäisches Arbeitslosenversicherungssystem vorschlagen.

Abg. Isabell Huber CDU legte dar, viele der in der Mitteilung angekündigten Initiativen seien zu begrüßen. Hinsichtlich der angekündigten Pläne zur europäischen Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sollte Baden-Württemberg ein Auge darauf haben, was konkret vorgelegt werde. Denn vom hohen Niveau, das es diesbezüglich in Baden-Württemberg gebe, sollte nicht nach unten abgewichen werden. Das Ganze sollte entsprechend begleitet werden.

Abg. Nicolas Fink SPD meinte, ganz entscheidend sei, dass das, was 2017 in Göteborg besprochen und was hier auch aufgegriffen worden sei, irgendwann verbindlich werde. Das sei der Teil, dem er sich ausdrücklich anschließe.

Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD äußerte, hier liege ein gewaltiges soziales – er würde sogar sagen: sozialistisches – Umverteilungsprogramm auf dem Tisch. Seines Erachtens sollten die massiven Auswirkungen auf das Land benannt werden. Es sei nicht vertretbar, im Berichtsbogen der Mitteilung nicht näher auf die Folgen des EU-Vorhabens für das Land einzugehen.

Eine Vertreterin des Ministeriums für Soziales und Integration erklärte, bisher handle es sich nur um die Vorstellung eines Maßnahmenplans. Noch lägen keine konkreten Maßnahmen vor. Deswegen könnten auch noch keine Aussagen über finanzielle Auswirkungen getroffen werden.

Abg. Dorothea Wehinger GRÜNE bekräftigte, allen sei klar, dass es das gemeinsame Europa brauche. Deutschland sei ein reiches Land. Es gebe Länder, die diesen Reichtum nicht hätten. Das Bemühen der EU liege darin, zu versuchen, dass alle Menschen von dem Kuchen etwas abbekämen. Sonst müsste eines Tages eine hohe Mauer um Deutschland gezogen werden. Damit werde Deutschland aber nicht erfolgreich sein können. Es gebe nur eine Zukunft, wenn es Gerechtigkeit gebe und alle die Möglichkeit hätten, am Reichtum der Welt zu partizipieren. Das sei das Bestreben. Daran werde gearbeitet.

Ohne förmliche Abstimmung empfahl der Ausschuss für Europa und Internationales dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/7774 Kenntnis zu nehmen.

09. 03. 2020

Saebel